TOP 3.6.5 Sozialbetrugsbekämpfungsgesetz

Abteilung Sozialversicherung und Sozialpolitik (Wolfgang Panhölzl, Walter Gagawczuk, Christoph Klein)

1. Beschreibung der Problematik

Sozialbetrug durch Dienstgeber ist ein verbreitetes Phänomen in der Arbeitswelt, das in vielfältiger Form in Erscheinung tritt. Dadurch werden ArbeitnehmerInnen in ihren Rechten und in ihrem Einkommen massiv geschädigt, der Sozialversicherung und dem Staat Beiträge und Steuern vorenthalten und insgesamt ein beträchtlicher volkswirtschaftlicher Nachteil verursacht. Nachdem im Rahmen der Gegenfinanzierung zur Steuerreform die Bekämpfung des Sozialbetrugs einen hohen Stellenwert erhalten hat und entsprechend hohe Gegenfinanzierungseffekte im Ausmaß von 1,9 Milliarden Euro veranschlagt wurden, muss der Sozialbetrug durch Dienstgeber entschlossen und umfassend bekämpft werden. Nunmehr liegt ein Entwurf für ein Sozialbetrugsbekämpfungsgesetz vor, das in Kürze in Begutachtung geschickt wird.

Geplant sind folgende Maßnahmen:

1. Bessere Behördenkooperation (insbesondere im Wege von Sozialbetrugsbekämpfungsbeauftragten, der Einrichtung eines eigenen Beirats und mit Hilfe von Datenaustausch, Privatbeteiligtenstellung der Krankenversicherung und der Abgabenbehörden im Strafverfahren)
2. Maßnahmen zur raschen Unterbindung der Tätigkeit von Scheinfirmen (Feststellung des Verdachts durch eine systematische Risikoanalyse, Feststellung der Scheinfirmeneigenschaft mittels Bescheid, Unterbindung weiterer Anmeldungen von Arbeitnehmern bei diesen Scheinfirmen)
3. Gefahr der Haftung für die Sozialversicherungsbeiträge für Unternehmen, die Scheinunternehmen beauftragen (in Ergänzung zur bereits bestehenden Auftraggeberhaftung für die Sozialversicherung)
4. Klarere Formulierung des gesetzlichen Straftatbestandes Sozialbetrug (§ 153d StGB)
5. Auftraggeberhaftung für die Löhne und BUAZ Zuschläge (Auftraggeber werden dadurch angehalten, die Seriosität der Subunternehmen genauer zu prüfen)

Mit Ausnahme des letzten Punktes wurden diese Maßnahmen seitens der Arbeitgebervertreter nicht prinzipiell beeinsprucht.

2. Auswirkungen

Budgetäre Effekte: Die zu erwartenden budgetären Effekte können mit 100 Mio veranschlagt werden, wobei **aus Sicht der AK etwa 50 Mio auf den zuletzt angeführten (noch strittigen) Punkt (Auftraggeberhaftung Löhne und BUAZ) entfallen** und die anderen 50 Mio auf die anderen Punkte. Sollte der 5. Punkt (Auftraggeberhaftung Löhne) nicht kommen so wären die Effekte somit nur bei 50 Mio.

Das BMASK errechnet nach Rücksprache mit dem BMF für die unter Punkt 1-4 angeführten Maßnahmen 100 Mio Euro (rund 80 Mio aus den zu erwartenden Einnahmen und 20 Mio auf Einsparungen im Bereich der SV-Leistungen).

Noch nicht im Entwurf enthalten ist ein Vorschlag für eine verpflichtende bargeldlose Entgeltzahlung. Bargeldleistungen hätten dann keine schuldbefreiende Wirkung mehr. Dadurch sind Mehreinnahmen im Bereich der Unternehmenssteuern und Einsparungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung bzw. Bedarfsorientierten Mindestsicherung in einer Höhe von 10 Mio bis 50 Mio zu veranschlagen.

3. Position/Forderung der AK

Die konsequente Umsetzung der Bekämpfung des Sozialbetruges wird begrüßt und unterstützt, insbesondere die Auftraggeberhaftung für Löhne und Zuschläge nach dem BUAK sollte auf jeden Fall umgesetzt werden.